

## No 22, März 2004

Editorial	
Vom Pfeifen des Feedbacks. Zum Wirkungsbegriff von Sponsoren und Kulturförderern	2
L'évaluation des politiques culturelles en France: bilan et réflexions	7
Protokoll der Mitgliederversammlung	10
Traktanden der Mitgliederversammlung vom 11. Juni 2004	11
SEVAL Jahrestagung vom 11. Juni 2004	12
Internes	14
Ankündigungen	15

## Editorial

Nach früheren Tagungen über Evaluation in der Bildung, Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit hat sich die SEVAL an ihrer Jahrestagung 2003 der Evaluation im Kulturbereich angenommen. Ob vom Geldgeber auferlegt, auf Betreiben eines an geplanter Entwicklung interessierten Kulturmanagements oder aus eigenem Antrieb – die Tagung zeigte, dass eine wachsende Zahl von Kulturhäusern und anderen Kulturvermittlern sich in den letzten Jahren mit Fragen vorab der Wirkung, aber auch der Kosteneffizienz von kulturellen Aktivitäten auseinandergesetzt hat.

Wie es sich vor dem SEVAL-Publikum gehört, hat Pius Knüsel, Direktor der Pro Helvetia, sich in seinem Überblicksreferat für Evaluationen im Kulturbereich stark gemacht. Allerdings tat er dies nicht ohne auf ihre klaren Begrenzungen aufmerksam zu machen und einen vorsichtigen Umgang – man ist geneigt zu ergänzen – noch vorsichtigeren Umgang als in anderen Feldern einzufordern (S. 2). Fabrice Thuriot, Université de Reims, bestätigte auf der Folie der immer noch zentralistischen Kulturpolitik Frankreichs die spezifischen Probleme der Evaluation kultureller Aktion. Gleichzeitig wies er anhand praktischer Beispiele darauf hin, wie brisant Evaluationsresultate für die (etablierte) Kulturpolitik sein können (S. 7). Das Schweizer Kulturleben kann nicht – wie das französische – auf über zehnjährige Erfahrungen mit Evaluationen zurückblicken. Was sich in den vier Ateliers des Nachmittags jedoch herausstellte, ist eine sich abzeichnende Vielfalt von Initiativen auf institutioneller und politischer Ebene zur Beschreibung und Einschätzung kultureller Aktivitäten. Bereits mit sehr einfachen, aber originellen und effizienten Eingriffen können nützliche Informationen für die Planung und Gestaltung von kulturellen Aktivitäten sowie für die Mittelvergabe bereit gestellt werden. Zunächst vielleicht überraschend, aber durchaus erfreulich, wenn – wie im Stapferhaus Lenzburg – bereits nach drei Ausstellungsevaluationen die Ideen ausgehen, wie das nächste Projekt noch optimiert werden könnte.

Nach zwei Themenveranstaltungen lädt die SEVAL 2004 wieder zu einer Querschnitt-Tagung ein, diesmal zur Frage der Partnerschaft von Politik und Evaluation. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass Evaluation von einer wachsenden Zahl von Forscherinnen und Forschern angewandt und weiterentwickelt wird, wobei sie eines zunehmenden Interesses und Know-hows seitens der GesprächspartnerInnen in Verwaltung und Nonprofit-Organisationen gewiss sein können. Dass die Politik selber sich gegenüber der Evaluation immer noch etwas gespalten zeigt, dazu gibt es verschiedene Thesen! – Ziel der Jahrestagung wird es sein, im Dialog der verschiedenen

Akteure den Nutzen, ja die häufige Unabdingbarkeit der Evaluation politischer Massnahmen herauszuschälen und – in den Ateliers – anhand von Beispielen auch zu belegen. Die Organisatorinnen und Organisatoren der Tagung sowie die Mitglieder des Vorstandes freuen sich, wenn die Veranstaltung ein grosses Echo findet und dadurch eine vertiefte Auseinandersetzung über die Partnerschaft von Politik und Evaluation möglich wird (Ausschreibung S. 12). Mit einem Zug früher kommt man übrigens bequem zur Jahresversammlung, die auch dieses Jahr vor der Tagung stattfindet.

Bereits kann auch auf die Jahrestagung 2005 hingewiesen werden. Nach sechs Jahren wird nochmals der Bildungsbereich ins Zentrum gestellt, mithin ein Evaluationsfeld, das sowohl im Mikro- als auch im Makrobereich an Volumen und – so meinen wir – auch qualitativ stark zugelegt hat. Wer an den Vorbereitungsarbeiten interessiert ist, hat jetzt eine gute Gelegenheit einzusteigen (S. 14).

Mutation im Vorstand: Auf die kommende Jahresversammlung tritt Anne-Catherine de Perrot aus dem Vorstand zurück. Wir danken ihr für ihre Arbeit und wünschen ihr für ihre Tätigkeit bei der Pro Helvetia alles Gute und viel Erfolg. 2004 findet eine Gesamterneuerungswahl des Vorstandes statt. Nominationen für eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger sowie allfällige weitere Kandidatinnen und Kandidaten können beim Präsidenten der SEVAL angemeldet werden (S. 14).

Charles Landert, Mitglied des SEVAL-Vorstandes

## Vom Pfeifen des Feedbacks. Zum Wirkungsbegriff von Sponsoren und Kulturförderern

Ich komme aus einem von Angst geprägten Umfeld – aus einer Welt, in der die Vorstellung, Erfolg könne bei der Zuteilung von Ressourcen eine Rolle spielen, Panik-Attacken auslöst. Solche Attacken manifestieren sich jedoch nicht physisch, sondern intellektuell: als eifriges Reden von der Unantastbarkeit der Kunst, als beflissenes Argumentieren, dass Abwegigkeit Reichtum bedeutet und Vielfalt Gewinn. Die wortreiche Angst, die die kulturelle Umwelt prägt, wächst umso stärker, je lauter Politiker und Öffentlichkeit die Frage nach Sinn und Nutzen stellen. Der Hinweis auf den hehren Wert der Kunst reicht nicht mehr: Antworten sind gefragt, Nachweise, ob wir Kulturförderer unseren Auftrag erfüllen oder nicht.

In dieser zur Abschottung neigenden Welt bewege ich mich seit 20 Jahren, und mit allen Mitteln habe ich versucht, den Erfolg – vereinfacht als Synonym für Wirkung benützt – unten zu halten und die abstrakten Werte des künstlerischen Schaffens als einzig relevante ins Zentrum zu stellen. Und jene 98% der denkenden Menschheit, die sich weder für improvisierte Musik noch Performance noch Physical Theatre interessieren, als Fälle missglückter Erziehung zu sehen.

Das wurde mir alles schlagartig bewusst, als ich 1998 zur Credit Suisse kam als Leiter des Kultursponsorings. Da fiel mir auf, was ich immer ahnte: Dass im kulturellen Umfeld das Reden über Wirkungen und Wirkungsmessung nicht nur schwer fällt; dass es ganz offensichtlich ein Tabu berührt. Die unvermittelte Konfrontation mit der Notwendigkeit, die für das Unternehmen (hoffentlich) positiven Effekte nachzuweisen, bewirkte einen Schock. Wie viele und vor allem welche Menschen hatten Kenntnis genommen von den mitfinanzierten Projekten? Hatten sie sie gar mitverfolgt? Wie vielen hatte es gefallen? Welchen Eindruck hatten sie vom Sponsor gewonnen? Hatten sie ihn überhaupt zur Kenntnis genommen? Das waren Fragen, auf die wir regelmässig Antworten zu liefern hatten, um das künftige Programm zu steuern. Konnte es möglich und nötig sein, finanzielle Unterstützung für Kulturprojekte mit derart einfachen Kennzahlen zu rechtfertigen? Bedeutete das nicht eine schreckliche Banalisierung des Sponsorings, gar der Kultur, der Kunst? Implizierte das nicht bereits die unvermeidliche Ausrichtung nach dem Massengeschmack, die Verstärkung statt Korrektur der im Kulturmarkt wirksamen Kräfte?

Sponsoren suchen, lernte ich bald, nicht a priori nach den grössten Zahlen. Der Massengeschmack, das haben sie begriffen, ist selten die beste Profilierungsmöglichkeit. Sponsoren suchen nach den stärksten Effekten – in je spezifischen Märkten, die durchaus Nischenmärkte sein können,

also kleine Zielgruppen. Aus den Zahlen, die ihnen sagen, ob und wie ihre Zielgruppe ihr Tun wertschätzt, leiten sie allerdings praktische Anweisungen ab: Bei andauernder Erfolglosigkeit (und Erfolg definieren sie als Wirkung, als Verhaltensänderung bei der Zielgruppe) ändern sie ihr Programm, bei unzureichendem Erfolg intensivieren sie es, verstärken die begleitenden Kommunikationsmassnahmen. Das heisst, sie optimieren mittels Feedbackschleife ihr Portefeuille im Blick auf das Ziel. Und das Ziel lautet: „Die Präsenz der Marke stärken und Sympathien gewinnen“. Dieses Ziel liegt jenseits der mitfinanzierten Projekte – es benutzt die Kultur als Vehikel. Dass man dabei, gewissermassen als Nebengewinn, trotzdem interessante Kulturarbeit betreiben kann, glaube ich mit meinen Jahren bei der Grossbank bewiesen zu haben.

Zum zweiten Mal bin ich bei Pro Helvetia über die Schwierigkeiten gestolpert, Wirkungen festmachen zu wollen. Öffentliche Kulturförderer reden gerne von Wirkungsabsichten, die in ihrem Auftrag enthalten sind: Vielfalt und Qualität des kulturellen Schaffens zu erhalten, breiten Bevölkerungsschichten den Zugang zu Kultur zu ermöglichen, das künstlerische Schaffen zu erleichtern, das kulturelle Bewusstsein der Öffentlichkeit zu stärken, den Austausch zwischen den Landesteilen und der Schweiz und dem Ausland zu intensivieren, usw. Erstaunlich ist, dass wenn es darum geht, die Wirkungen nachzuweisen, die Gesichter ernst werden, die Augen verkniffener, die Haltungen angespannter. Es bleibt bei der Anspannung, solange man die Wirkung behaupten kann. Und aus politischer Sicht ist es oft besser, die Wirkung bleibt eine Behauptung als dass sie verifiziert würde. Weil die Befürchtung zu Recht besteht, dass sie sich nicht verifizieren lässt! Dass das Feedback in eine Rückkoppelung ausarten würde, in das gefürchtete Pfeifen... Nehmen wir ein Beispiel aus dem Tätigkeitsbereich von Pro Helvetia. Zum Auftrag von Pro Helvetia gehört, den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen zu fördern. In der Praxis bedeutet das, Gastspiele von Gruppen aus der Romandie, dem Tessin und der Deutschschweiz in den je anderen Landesteilen zu subventionieren. Wenn die Tatsache, dass solche Gastspiele stattfinden, bereits die Wirkung ist, die Pro Helvetia beabsichtigt, wohan: dann gibt es nichts hinzuzufügen. Dann blättern wir im elektronischen Tätigkeitsbericht, zählen die unterstützten Gastspiele in der Schweiz und sind's zufrieden. Wenn wir unter Wirkung mehr verstehen als Gastspiele, wenn wir darunter zum Beispiel verstehen, dass welsche Künstler in der deutschen Schweiz ein wachsendes Publikum finden, dass ihr Esprit Widerhall

auslöst, dass ihre Bekanntheit allgemein steigt, dass ihr Umsatzanteil am Kulturmarkt zu- statt abnimmt (was der deutlichste Indikator für die viel bemühte Nachhaltigkeit wäre), geraten wir in Schwierigkeiten. Nicht nur, dass uns die entsprechenden Zahlen fehlen. Wir ahnen, dass die Zahlen, verfügten wir darüber, einen Schatten auf unser Tun werfen würden. Denn jene Künstler aus dem Tessin und der Romandie, die man in der Deutschschweiz kennt – und umgekehrt –, haben das im Wesentlichen ohne Hilfe von Pro Helvetia geschafft: Marco Zappa, Dimitri, Sens Unik, Stephan Eicher, Polar, Andreas Vollenweider, Noëmi Nadelmann. Ich erinnere mich: Auch die regelmässigen Konzerte mit Jazzmusikern aus Lausanne und Genf im Zürcher Jazzclub Moods, tapfer unterstützt von Pro Helvetia, hat deren Publikumsbasis nicht verbreitert. Würde der Verdacht, dass der künstlich forcierte Austausch nichts bringt, durch eine Wirkungsmessung erhärtet, gerieten wir in eine Krise! Ohne Zweifel eine politische Krise, weil eines unserer wichtigsten Argumente für Kulturförderung auf nationaler Ebene genau dieser staatspolitisch so wichtige Austausch ist – der Zusammenhalt des Landes.

Zahlen haben, finden wir unsere Befürchtungen bestätigt, etwas Bedrohliches. Weshalb wir sie lieber bannen als ins Auge fassen. Diese Furcht, dass die relative Zufriedenheit, die wir aus dem Einzelfall ziehen, in Frustration umschlägt, wenn wir eine Ebene höher gehen und uns nach der Summe des Tuns, nach der dauerhaften Wirkung fragen und feststellen, dass sie gegen Null tendiert oder in der Fehlertoleranz der Messsysteme aufgeht – diese uneingestandene Furcht hat eine dreifache Auswirkung auf unsere Arbeit:

1: Sie verleitet uns dazu, einen verkürzten Förderungsbegriff zu praktizieren. Einen Förderungsbegriff, der sich auf die Unterstützung der Künstler in ihren Plänen und Absichten beschränkt. Logisch stehen die Kulturschaffenden im Zentrum unseres Tuns. Aber sie sind nicht sein Zweck, obwohl es ohne sie selbstverständlich nicht geht. Wie die Bauern nicht der Zweck der Landwirtschaftspolitik sind, sondern (früher) die Selbstversorgung des Landes in Krisenzeiten und (heute) die Pflege der Landschaft, um uns der Rückeroberung der Zivilisation durch die Natur zu schützen. Wie auch die Soldaten nicht der Zweck der Verteidigungspolitik sind, sondern (früher) die Fähigkeit des Landes, sich selbst zu verteidigen und (heute) die Konfliktprävention.

2: Die Furcht vor dem Messen verführt uns zu wolkigen Zielsetzungen, zu Begrifflichkeiten, deren erste

Auszeichnung die Unverbindlichkeit ist – kluges Reden, gegen das niemand etwas einwenden kann. Dem aber aus wirtschaftlicher wie konservativer Sicht der Verdacht von Verschleierung anhaftet. Solche von rechts mit Skepsis betrachtete Wolkigkeit entspricht am andern Ende des politischen Spektrums wunderbar der allgemeinen Gut-Menschenheit und der Diskreditierung des Leistungsbegriffs durch die Linke, dem Kult der Konzepte statt des Handwerks bei den Kulturspezialisten und dem Starsyndrom in der Kulturindustrie, das globalen Erfolg ohne wirkliche Leistung als griffnah darstellt und künstlerischen Erfolg zu einem mittels Marketingmassnahmen steuerbaren Zustand stilisiert. Das gilt für Missen aller Arten hier wie für nie dem Wirklichkeitstest ausgesetzte Preisreiter dort!

3. Wer Zahlen wegen ihrer Aussagekraft fürchtet, diskreditiert die Wirkungsforschung. Und jene, die nach Wirkungen fragen. Sie geraten in den Verdacht, die künstlerische Produktion des Landes steuern zu wollen, den Kulturschaffenden Dinge aufzuzwingen, die sie nicht wollen, den Marktkräften zuzudienen. Sie geraten in den Geruch von Kamikaze-Tätern, die ihr eigenes förderndes Tun in Frage stellen, indem sie ihre Schwächen sichtbar machen.

Umso mehr möchte ich mein Referat als Plädoyer verstanden wissen für ein Wirkungsbewusstsein, verbunden mit Wirkungsmessung. Die Zeit ist reif, den Verdacht gegen uns selbst, das Hantieren mit Methoden der Quantifizierbarkeit mache uns zu unerkannten Agenten des Marktes oder gar zu Feinden der Kultur, auszuräumen. Die Kulturförderung muss lernen, die Ökonomie, wenigstens ihre Instrumente, zu beherrschen, um sich grössere Freiräume zu verschaffen. Klarheit über die Wirksamkeit des kulturfördernden Tuns kann nur im Interesse aller Stakeholder der kulturellen Produktion liegen:

- der Gesellschaft, weil sie erkennt, wie ihre Mittel eingesetzt werden. Und was dafür herauschaut.
- der Kulturschaffenden, weil sie erkennen, welche übergeordneten Interessen die Fördertätigkeit leiten; Interessen, zu denen sie sich in ein zustimmendes oder ablehnendes Verhältnis setzen können. Und weil die Fördertätigkeit mit grosser Wahrscheinlichkeit nachhaltiger würde (eine Wirkung könnte z.B. sein, Kulturschaffende in den Stand zu versetzen, einen wachsenden Anteil ihres Bedarfs selber zu erwirtschaften).
- der Veranstalter, weil sie sich, um an Gelder zu kommen, nicht politisch korrekten Förderformen anpassen müssen, sondern sich mit Zielen identifizieren und dafür neue Vorhaben entwickeln können.

- des Publikums, weil die Wahrscheinlichkeit sich vergrössert, dass es in den Genuss von durch unsere Fördertätigkeit ermöglichten Produktionen kommt.

- uns selbst, weil wir in unserem Tun erkennbarer würden und mehr persönlichen Gewinn daraus zögen: wir hätten mehr Gewissheit und würden weniger im Dunkeln tappen, sondern einen Fortschritt erzielen, die Welt nachweislich und wenig besser machen an dieser oder jener Stelle.

Ich gebe zu, alles Feuer für die Wirkungsmessung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie ihre Begrenzungen hat und einen vorsichtigen Umgang erfordert. Einmal: Sie lässt sich in der Regel nicht auf das einzelne Werk oder Vorhaben anwenden. Dem ist auch gut so, das Kunstwerk selbst kann keine übergeordneten Ziele haben; das können nur wir. Das Kunstwerk bleibt autonom. Erst die Ebene Veranstaltung ist relevant, aber nur in einer zeitlichen Perspektive. Künstler unter Ihnen können sich also zurück lehnen.

Um Wirkung sichtbar zu machen, müssen wir eine Differenz messen. Wirkung ist, vergessen Sie das nicht, eine Veränderung. Dieses Delta übersetzen wir in Zahlen. Doch die Zahlen, das ist klar, sagen nichts über die Wirkung im Einzelfall, beim einzelnen Rezipienten, über die Aufnahme des Werkes, die Art, wie es weiterwirkt. Deshalb nennen wir die Messgrössen auch nur Indikatoren – Indizien für das Eintreten von Wirkungen! Klar auch, dass Zahlen kein Zaubermittel sind. Sie nehmen uns den Entscheid nicht ab! Wie rational man das Kulturförderungsgeschäft auch angeht: Zuletzt sind Willensentscheide der Politik gefragt. Einer vernünftigen, auf Entwicklung bedachten Politik!

Die Wirkung mit zu bedenken und zu überprüfen, entspricht einem gesamtheitlichen Verständnis von Kulturförderungsarbeit: Der Sinn des Kunstwerks liegt nicht in seiner Entstehung, sondern in seiner Rezeption; zwischen beiden liegt die Distribution oder Diffusion, für die in der Regel Veranstalter und Verleger zuständig sind. Wir nennen das die kulturelle Wertschöpfungskette. Wirkung zu verstärken, heisst also in erster Linie, für eine starke Kette zu sorgen.

Übersichtlich ist – zur Abwechslung – die Welt der Sponsoren. Der Sponsor setzt, um seine Ziele zu erreichen, eine funktionierende kulturelle Wertschöpfungskette voraus. An den Verkettungspunkten Distributor-Rezipient und Rezipient-Öffentlichkeit wird sein Image erzeugt; die Kette selbst überhaupt erst aufzubauen, verschlingt in seinen Augen unnötig Ressourcen. Was er macht, lässt sich als Verstärkung beschreiben: Er verstärkt die Multiplikatoren, die die Kette enthält, und verleiht ihnen eine besondere kommunikative Note. Sind Schwachstellen vorhanden, rührt

der Sponsor sich nicht: Qualität des Werks, Professionalität der Distribution, Quantität der Rezipienten, Bereitschaft der Gesellschaft insgesamt sind Parameter, die in gleichem Masse gegeben sein müssen, damit er aktiv wird. Der Sponsor zielt einzig auf das Feedback. Da können wir „Öffentliche“, was die Einfachheit der Fragestellung und die Deutlichkeit der Ergebnisse betrifft, nur neidisch zugucken. Im Unterschied zum Sponsoring legt die öffentliche Kulturförderung alles Gewicht auf das Werk. Der Umstand, dass es geschaffen wird, ist ausreichend; die Verstärkung der in ihm angelegten Wirkung über die Wertschöpfungskette bleibt eine reine Hypothese. Wenn sie nicht eintritt – tant pis für die Gesellschaft, die ihre Chancen freiwillig verpasst, am Laufmeter.

Das allgemeine Funktionieren der Kulturförderung ist nur oberflächlich mit jenem des Sponsorings verwandt. Zwar schliesst sich auch hier der Kreis im Gemeinwesen, das Mittel bereitstellt, aus denen ihm Gutes widerfahren soll. Doch die beiden Beziehungen „mandatieren“ und „wirken“ sind bedeutend interpretationsanfälliger als „stimulieren“ und „beeinflussen“ auf Sponsoreseite. Dem Modell öffentliche Kulturförderung haftet auf der Ebene der Akteure Altruismus an – wir verteilen Gelder ohne persönliche Profitabsichten (was natürlich eine Fiktion ist, wir arbeiten jede und jeder an unserem Ruf, an unserem Marktwert; doch diese Fiktion ist wesentliches Fundament unserer Selbstdefinition vis-à-vis der Sponsoren). Leider verwechseln die meisten von uns den Altruismus mit Zweckfreiheit. Und Befreiung vom Legitimationszwang.

Ich schlage vor, dass wir die Frage der Wirkungsmessung in der öffentlichen Kulturförderung von einem sehr allgemeinen, doch pragmatischen Winkel her angehen. Was wir wollen, ist, dass möglichst viel "gute" Kunst möglichst viele Rezipienten finde.

Aus dieser offenen Formulierung, in der die meisten Kulturförderer ihre guten Absichten unterbringen können, leite ich drei Wirkungsebenen ab, jene der Wirtschaft, der Politik und der Religion.

1: Die Ebene der Wirtschaft ist jene, auf die wir uns in der Regel bescheiden. Das mag verwirren, glauben wir uns doch ausserhalb der Ökonomie zu bewegen. Doch nur scheinbar. Mit Hilfe ökonomischer Anreize verhelfen wir Werken und Vermittlungsprojekten zur Genese. Wir fügen sie in den Güter- und Dienstleistungskreislauf ein, in dem sie ohne unsere Hilfe nicht bestehen würden. Oder wir verschaffen ihnen wenigstens Vorteile. Erstaunlich daran ist höchstens,

wie vieles von dem, das wir nicht unterstützen, seinen Weg trotzdem findet.

Wenn wir davon ausgehen, dass wir auf der ökonomischen Ebene möglichst viel ansprechende Produkte auf lange Dauer im Umlauf sehen möchten und unser Tun als markt-korrigierend verstehen (ansonsten unsere Eingriffe nicht erklärbar wären), lassen sich für die Summe unserer Tätigkeiten einige Parameter und Indikatoren finden.

Eine solch pragmatische Sicht ist in der öffentlichen Kulturförderung natürlich verpönt, weil sie, auch wo sie ihn ablehnt, den Markt anklingen lässt. Doch mir scheint klar, dass die Zeiten des Snobismus passé sind; die von uns allen strapazierte Nachhaltigkeit ruft geradezu nach einer klaren Bestimmung ökonomischer Ziele. Denn wenn, was wir unterstützen, dauerhaft wirken soll, müssen wir kulturökonomische Verhältnisse schaffen, die eine Fortführung von Projekten ermöglichen und uns entlasten. Nachhaltigkeit hiesse also, Kunst so zu fördern, dass sie zunehmend erfolgreich ist und sich in wachsendem Masse selber finanzieren kann. Und das bei bleibend hoher Qualität.

2: Auf der Ebene der Politik siedle ich jene konkreten und messbaren Wirkungen an, die einer zeitgemässen Kulturpolitik gut anstehen, weil sie gesellschaftliche Prozesse und Entwicklungen steuern, von denen viele den Weg in unsere Satzungen, Aufträge und Statuten gefunden haben. Ich würde sie umschreiben mit Pflege der kulturellen Vielfalt, Förderung von Verständigung zwischen verschiedenen Kulturgruppen, Sicherung der kulturellen Qualität, Vermittlung von kulturellen Techniken; auf realpolitischer Ebene kommt die Hebung der Standortqualität für städtische Gemeinwesen dazu – Kultur wird zu einem Trumpf im Kampf der Städte um Firmen und wohlbestallte Steuerzahler. Es handelt sich nebenbei um Ziele, die der so zweckfreien Kunst einen Zweck auferlegen – allerdings ohne ins Werk selbst einzugreifen.

Hier taucht einer der grossen inneren Widersprüche der öffentlichen Kulturförderung auf: Das Primat der Qualität, wie wir es praktizieren, tritt oft genug in Konflikt mit Zielen wie Vielfalt und Verständigung. Fördern wir, was uns als qualitative Höchstleistung erscheint, oder geben wir der Vielfalt, dem Dialog, der Beschäftigung der Rezipienten mit dem „Fremden“ den Vorrang? Der Widerspruch verschärft sich, wenn wir bedenken, dass dies Domänen sind, in denen die Laienkultur stark, geradezu unschlagbar ist. Die institutionelle Kulturproduktion hingegen betrachtet Interkulturalität entweder (im seltenen Fall) als anreicherndes Exotikum oder (im Normalfall) als Behinderung!

3: Die letzte Ebene schliesslich bezeichne ich als die Sphäre der Religion. Religion liefert uns die letzten Begründungen, die nicht mehr hinterfragt (was nicht dasselbe ist wie nicht mehr hinterfragbaren) Werte. Hier gehören all jene Motive hin, von denen wir annehmen, dass sie uns um- und antreiben, die unserem Tun höheren Sinn geben, doch die zu überprüfen uns genommen, meistens gar verboten ist. Es sind werthafte Setzungen, die das Wesen einer Gesellschaft beschreiben, und tragen als solche den Charakter von Mythen, von Glaubenssätzen, von Menschenrechten (in der Evaluation gelten hier Termini wie Impact, Oberziele, Metawerte):

- der Mythos, dass Kunst uns unserer Identität versichert – obwohl wir im selben Atemzug behaupten, Kunst müsse eher verstören.
- der Mythos, dass Kunst Antworten auf die Sinnfrage gibt – obwohl wir wissen, dass sie Sinngewissheit durch eine Vielzahl von Optionen auflöst.
- der Mythos, dass Kunst, wie die entwickelten Gesellschaften sie leben, zur Lebensqualität beiträgt, indem sie die Zahl der Optionen vergrössert – obwohl wir zu zweifeln gelernt haben, dass Lebensqualität in einem direkten Zusammenhang mit der Zahl der Optionen steht, die sich uns anbieten. Sonst würden wir nicht mit neidvollen Augen auf jene schielen, die optionslos in sich selbst ruhen.

Sie sehen, ich verhalte mich als aufgeklärter Zeitgenosse, der sich von Glaubenssätzen nicht mehr blenden lassen will – wie viele von Ihnen. Dennoch muss ich zugeben, dass sie sich trefflich verwenden lassen für die politische Argumentation. Und auch regelmässig verwendet werden. Allein, ihre Erfüllung ist nicht messbar. Lebensqualität ist ein selbstreferentieller Begriff...

Der Schluss: Geld verteilen ist nicht einfach. Doch wenn wir es als Aufgabe ernst nehmen, wenn wir Fördern als eine aktive, vorausschauende Tätigkeit auffassen, wenn wir Gründe suchen, die unser Tun legitimieren (oder in Frage stellen, doch das eine ist ohne das andere nicht zu haben), so kommen wir um Wirkungsmessung nicht herum. Die Beschäftigung mit dem Kunstwerk, seiner antizipierten Qualität und seiner Botschaft allein reicht nicht mehr, um unser Tun zu legitimieren. Wir müssen nicht alle Indikatoren bewerten, nicht sämtliche Zahlen beschaffen, uns nicht der Tyrannei der Zählapparate unterwerfen. Es wäre lächerlich. Doch eine Spur Utilitarismus, Zweckorientierung, in einer sich mit dem Dogma der Zweckfreiheit vor kritischen Nachfragen schützenden Kunstwelt kann uns nur helfen. Sie hilft uns, im Dschungel der Werte, Ziele, Verpflichtungen

und Aufgaben, der gerade dank der Kunst immer dichter wird, unsern Pfad nicht zu verlieren. Wir mögen dabei als grässliche Pragmatiker erscheinen, als geistlose Gesellen. Doch liegt hier, wage ich zu behaupten, der einzige Ausweg aus der Anspruchsgesellschaft, die, verwöhnt durch die Subventionsautomatismen, verlernt hat zu fragen, wozu das Ganze.

Pius Knüsel,  
Direktor Pro Helvetia, Schweizer Kulturstiftung

## L'évaluation des politiques culturelles en France: bilan et réflexions

Si l'on définit l'évaluation comme l'action de porter un jugement sur la valeur d'une politique ou d'une action, et une politique culturelle comme un ensemble d'actions mises en place par une institution poursuivant des objectifs et y affectant des moyens, on peut essayer de tirer un bilan de l'évaluation des politiques culturelles en France et des perspectives à une échelle plus large. On se placera dans le cas de politiques publiques mais le raisonnement pourrait s'étendre, avec quelques nuances, aux organismes privés. Auparavant, il convient de prendre quelques précautions quant au contexte, à la spécificité et aux paramètres des politiques culturelles.

En effet, le lien entre culture et politique (cf. Hannah Arendt par ex.) est ancien et se traduit par diverses tensions, productives ou contre-productives selon les époques, les lieux, les personnes, les moyens mobilisés... La spécificité des politiques culturelles est souvent avancée pour identifier et protéger ce secteur d'activités ; elle est justifiée par le contenu, la qualité, la singularité, les modes de réalisation et de partenariats... des productions culturelles qui se situent en dehors d'un marché économique auto-suffisant. Cela signifie que l'on peut parler de politiques culturelles lorsqu'il y a volonté de proposer des productions culturelles non rentables et/ou symboliques pour l'institution organisatrice et pour les acteurs concernés, producteurs, publics et médiateurs. On se gardera néanmoins de définir ici la culture, du fait de la polysémie du terme, allant de l'artistique seul à l'ensemble des productions humaines selon une conception anthropologique. Enfin, divers paramètres entrent en ligne de compte dans l'élaboration, la mise en œuvre et l'évaluation des politiques culturelles : il peut s'agir du temps (durée, voire climat), des facteurs démographiques, socio-économiques et politiques...

On verra que l'évaluation sera difficile, voire impossible pour des politiques générales, comme il est encore souvent pratiqué en France, du fait de son origine anglo-saxonne destinée à des programmes précis d'action qui permettent d'identifier des indicateurs signifiants et des relations causales entre les situations de départ et d'arrivée. Cependant, on s'accordera pour dire que l'évaluation est utile, voire indispensable pour des politiques sectorielles, interministérielles ou territoriales, mais avec des objectifs divers : évaluation de résultats ou de processus selon les cas. De même, la finalité de l'évaluation pourra varier entre aide à la décision, réorientation ou arrêt d'actions, stimulation de la négociation, apprentissage de l'auto-évaluation... En France, la circulaire Rocard (Premier ministre) de 1988 a lancé les pratiques évaluatives, la loi du 6 février 1992 relative à l'admini-

stration territoriale de la République a fixé comme mission à l'Etat et aux collectivités territoriales d'évaluer leurs politiques et les politiques contractuelles avec les collectivités territoriales comportent toutes désormais cette obligation d'évaluation, conformément aux pratiques communautaires.

### La difficile, voire impossible évaluation des politiques culturelles nationales générales

La principale difficulté vient de ce que les finalités sont larges et floues, voire changeantes. Ainsi, le Préambule de la Constitution dispose que « la Nation garantit l'égal accès de tous à l'instruction, à la formation professionnelle et à la culture ». Ce droit-crédence est d'autant plus difficile à imposer que la définition du terme culture a évolué depuis 1946 (cf. supra). D'autre part, selon son décret de création en 1959, le ministère de la Culture doit « rendre accessibles les œuvres capitales de l'humanité, en particulier de la France, à tous les citoyens », ce qui correspond à la « démocratisation culturelle », à laquelle on a ajouté la finalité de « démocratie culturelle » depuis 1982. Le ministère doit en effet aussi « favoriser les pratiques et l'expression artistiques et culturelles », même si les formulations ont pu varier jusqu'à aujourd'hui, voire disparaître de certains décrets d'attribution lors de changements ministériels. On verra que la tentative d'évaluation des politiques poursuivant ces finalités pourrait se retourner contre ces politiques ou bien que l'on n'en tire pas toutes les conséquences du fait de la volonté politique de les mener pour des raisons symboliques qui dépassent les considérations de résultats.

Le Conseil de l'Europe avait commencé sa série de rapports d'évaluation (sur le modèle de l'OCDE) des politiques culturelles nationales par la France en 1988, mais le changement de gouvernement et d'orientations avait gêné la lecture et surtout l'appropriation des résultats. Les experts avaient relevé trois grands objectifs : la conservation du patrimoine, le soutien aux artistes et le contact avec les publics, puis la reconnaissance des industries culturelles, la légitimité de nouvelles pratiques et la conquête de nouveaux publics, éloignés de l'offre culturelle publique. Le centralisme était tempéré par la décentralisation et l'interministérialité, surtout depuis 1981. L'axe du développement culturel apparaissait comme une synthèse des deux finalités ci-dessus exposées, mais le budget et le mécénat étaient jugés insuffisants, la conquête des nouveaux publics peu convaincante et les pouvoirs directs du ministre toujours trop importants. Cependant, le modèle français était reconnu au niveau international. Depuis les années 1990, le Conseil parle d'« examen » des politiques culturelles, en particulier pour les pays

de l'Est qui ont fait l'objet des derniers travaux après plusieurs pays occidentaux, car les politiques nationales et générales ne permettent pas une évaluation assez fine des résultats. Il s'agit davantage de voir quelles sont les forces à l'œuvre et dans quel sens elles travaillent, en identifiant les points forts et les points faibles, ainsi que les manques à combler à l'avenir.

Pour réaliser une évaluation, il faut s'appuyer sur des données comparables dans le temps et l'espace. Le Département des Etudes et de la Prospective (DEP) du ministère français de la Culture réalise depuis 30 ans des enquêtes nationales sur les dépenses culturelles publiques, les pratiques culturelles des Français, les publics des différentes disciplines artistiques et, plus récemment, sur l'emploi culturel, les pratiques amateurs, la géographie de l'offre culturelle... De manière un peu provocatrice mais fondée sur des débats qui ont eu lieu en France, on peut dire que, vu l'argent public dépensé, la finalité de démocratisation culturelle au sens de la culture savante (cf. Pierre Bourdieu ou Marc Fumaroli pour des courants de pensée opposés) n'a pas tellement été atteinte (on est par ex. passé de 12 % de personnes allant au moins une fois par an au théâtre en 1973 à 16 % seulement en 1997). Cela signifie que, d'une part, l'élargissement du public n'a guère eu lieu et que, d'autre part, une grande partie de la population ne se reconnaît pas dans les propositions culturelles officielles et préfère les activités culturelles grand public, médiatiques, plus personnelles ou contestataires.

Faudrait-il en conclure d'abandonner ou de réduire la politique culturelle fondatrice du ministère de la Culture au profit de celle visant la démocratie culturelle ? La plupart des réflexions ont conclu par la négative sur cette hypothèse afin de maintenir un niveau artistique et culturel élevé du pays et de continuer à contribuer au rayonnement de la France à l'étranger. Le coût d'une non-politique est également à envisager avant toute décision. Un rééquilibrage entre les deux finalités est cependant préconisé, symboliquement mais aussi et surtout budgétairement. Force est de constater que, jusqu'à présent, la progression en ce sens s'accomplit lentement mais qu'il existe un large réseau culturel et socioculturel sur l'ensemble du territoire, que l'on peut identifier à l'une des réussites des politiques nationales successives, directes ou de soutien à des associations.

### **L'évaluation utile, voire indispensable des politiques culturelles plus ciblées**

S'agissant de thématiques, de fonctions, de territoires ou d'actions particuliers, des évaluations ont pu être menées

sur le prix unique du livre, sur la tarification en général, sur l'éducation artistique et culturelle, sur les actions dans les quartiers défavorisés..., ou préconisées pour les établissements culturels par l'intermédiaire de contrats d'objectifs. Cependant, les programmes d'éducation artistique et culturelle (école, collèges ou lycéens au cinéma, ateliers, classes...) ont par exemple davantage fait l'objet de bilans que de véritables évaluations, à l'inverse des chèques-culture destinés aux jeunes de la région Rhône-Alpes par exemple, étudiant les modifications éventuelles de comportements des bénéficiaires.

Les évaluations se sont surtout développées à la faveur des politiques contractuelles et interministérielles, chaque collectivité ou ministère voulant connaître les retombées de son apport et vérifier si ses objectifs propres étaient bien respectés. On peut citer à cet égard les contrats éducatifs locaux (CEL) ou la politique de la ville, mais la culture n'est que l'un des aspects de ces procédures, souvent marginal d'ailleurs. Pour amplifier l'implication culturelle dans les quartiers, plusieurs dispositifs ont été conçus, tels que les cafés-musiques et les opérations quartiers-lumières au début des années 1990. Avec les projets culturels de quartiers lancés en 1997, on a réalisé un saut qualitatif bien mis en évidence par l'évaluation : l'implication active d'habitants dans des projets réalisés avec des professionnels de la culture et l'accompagnement pendant et après par des travailleurs sociaux ressortent comme des conditions nécessaires mais pas toujours respectées de l'apport des projets culturels à une réinsertion possible de personnes défavorisées selon Jean-Michel Montfort, par la (re)mobilisation, la valorisation individuelle et la dynamisation collective. Ces conclusions claires ont pu être d'autant plus tirées qu'il s'agissait d'une expérimentation, propre à être évaluée avant son éventuelle généralisation, en totalité ou en partie. On est bien dans le cadre d'un programme précis illustrant une politique plus générale. Il serait quand même souhaitable de pouvoir évaluer l'impact de tels dispositifs quelques années après pour en vérifier la pertinence par rapport aux publics concernés, ce qui est trop rarement pratiqué, contrairement à ce que peuvent apporter des études sociologiques longitudinales. L'évolution des politiques culturelles dépend surtout d'actes politiques, de contextes historiques et socio-économiques et beaucoup moins d'évaluations. Celles-ci peuvent néanmoins contribuer davantage à des réorientations de politiques territoriales car ces dernières sont plus circonscrites dans l'espace et moins imprégnées d'idéologies car elles sont plus proches des populations, même si les travers identifiés dans ce qui précède existent aussi. On peut cepen-

dant distinguer les politiques locales qui empruntent les mêmes voies que les politiques nationales avec quelques nuances, notamment celle de la proximité et du pragmatisme, des politiques territoriales qui sont nécessairement partenariales et limitent les décisions unilatérales, d'où la demande d'évaluations.

L'influence des politiques et programmes communautaires sur les pratiques évaluatives est notable. Cependant, ils proposent surtout des indicateurs quantitatifs de résultats, assortis d'une logique tatillonne de contrôle sur les Etats et des Etats sur les collectivités territoriales et les porteurs de projets. L'évaluation d'un programme Interreg en 1998 entre des départements français et un comté anglais a révélé la lourdeur de ce montage administratif et la sous-consommation des crédits qui en résulte. Le retard dans les actions n'avait pas permis d'évaluer les projets, dont certains étaient culturels, mais avait focalisé l'attention sur la gestion du programme, transformant l'évaluation en audit. Et il a fallu attendre 2002 pour que des mesures nationales soient prises, après renouvellement des problèmes ! Il en avait déjà été de même pour l'évaluation du volet culturel d'un contrat de plan entre l'Etat et une région française fin 1996, les retards étant dus à d'autres causes tout aussi administratives, à savoir des logiques d'action tout à fait différentes entre les services de l'Etat et ceux de la région et de fortes réticences au travail en commun, pourtant obligatoire malgré ou plutôt du fait du récent transfert de compétences culturelles à la région. Plus récemment, des protocoles de décentralisation culturelle ont prévu des évaluations des coopérations et transferts possibles de compétences vers les régions ou les départements, mais on se situe à nouveau dans une logique d'expérimentation les favorisant, malgré certaines difficultés également, en raison d'enjeux de pouvoir et de positionnements politiques différents, voire opposés.

On pourrait multiplier les exemples de ce type mais il est important de mentionner également des évaluations plus positives comme celle des conventions de développement culturel en milieu rural dans la région Rhône-Alpes par Alain Faure en 1993, ou celle des conventions culturelles partenariales à l'initiative de la région Nord-Pas-de-Calais que l'on a réalisée en 1999. Cependant, on peut remarquer dans la plupart des cas que les évaluations de contrats territoriaux, culturels ou généraux, portent plus sur les processus et les perspectives que sur des résultats quantitatifs. Il s'agit peut-être de l'une des spécificités des politiques culturelles de concerner davantage les aspects qualitatifs que quantitatifs,

d'où les évaluations correspondantes. Pour développer les données sur les politiques culturelles, il faut d'abord les constituer et celles élaborées au niveau national par le service du ministère ne sont plus suffisantes pour cerner au plus près les politiques culturelles territoriales. Se mettent donc en place des observatoires culturels territoriaux, ou des réflexions sur ce type d'organismes, après un long temps de réticences exprimées par le ministère de la Culture pour des raisons d'agrégation et de comparabilité des résultats, ainsi que de coût voire de maintien du monopole de la production de statistiques culturelles. Le ministère s'est résolu à participer à ces observatoires qui peuvent avoir des missions plus ou moins étendues, allant de l'étude des dépenses culturelles à la formation des acteurs culturels à ces problématiques, en passant par l'analyse de l'emploi et/ou des différents secteurs culturels, la cartographie de l'offre culturelle ou le diagnostic territorial. Le plus exemplaire et ancien en la matière est ARTECA en Lorraine (1993), associant l'Etat, la région, des départements et des villes, ainsi que des acteurs culturels.

Fabrice THURIOT, enseignant-chercheur  
Centre de recherche sur la décentralisation territoriale  
(CRDT GIS GRALE-CNRS)  
Faculté de Droit et de Science Politique  
Université de Reims Champagne-Ardenne

# Protokoll der Mitgliederversammlung der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft (SEVAL), Olten, 16. Mai 2003

## 1. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

## 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 7. Juni 2002 in Bern

Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung vom 7. Juni 2002 in Bern wird einstimmig genehmigt (vgl. Bulletin Nr. 19, abrufbar auf SEVAL Homepage).

## 3. Bericht des Vorstandes über die Geschäftsführung 2002

Der Vorstand hat sich zu 3 Sitzungen getroffen und sich dabei schwerpunktmässig mit der Konsolidierung und Umsetzung der Mehrjahresstrategie befasst. Im September hat der Vorstand einen Umsetzungsplan zur Strategie 2003-2007 erarbeitet. Diese beruht vor allem auf drei Säulen:

- Ein gewichtiges Ziel ist die verstärkte Einbringung der Evaluation in Entscheidungsprozesse: hierfür wird unter der Leitung von Katia Horber-Papazian der Jahreskongress 2004 vorbereitet.

- Eine zweite Säule der Strategie ist die Weiterbildung: Im Herbst organisiert die SEVAL zusammen mit der Weiterbildungsstelle der Universität Freiburg zum ersten Mal einen Weiterbildungskurs, der sich an erfahrene Evaluatorinnen und Evaluatoren richtet. Für genauere Angaben wird auf die Homepage der SEVAL verwiesen, bzw. auf den versandten/verteilten Broschüre.

- Eine dritter Schwerpunkt sind die Evaluations-Standards: Die Arbeitsgruppe hat zur verstärkten Verbreitung der Standards einen Vorschlag ausgearbeitet, der auf der Homepage zur Einsicht auflag (siehe Traktandum 7).

Ferner ist auf die Homepage und die Datenbank der EvaluatorenInnen zu verweisen, welche ebenfalls zur Umsetzung der Mehrjahresstrategie beitragen. Beide sind auf gutes Echo gestossen, und es haben sich bereits knapp 100 Evaluatoreninnen und Evaluatoren in die Datenbank eingetragen.

Schliesslich pflegt die SEVAL auch die Kontakte mit dem Ausland. Thomas Widmer ist Vorstandsmitglied der Europäischen Evaluationsgesellschaft und pflegt in dieser Funktion u.a. die internationalen Kontakte der SEVAL. Es bestehen auch Kontakte zur Francophonie, sowie über den Austausch von Informationen mit den Evaluationsgesellschaften der Nachbarn.

## 4. Rechnung 2002 und Budget 2003

Die Rechnung 2002 weist einen Ausgabenüberschuss von 10'000.-- aus hauptsächlich aufgrund der Kosten für die

neue Homepage und die Datenbank. Finanziell geht es der SEVAL gut, sie verfügt über eine Reserve von 20'000.-. Das Budget budgetiert bei gleichbleibenden Mitgliederbeiträgen einen Fehlbetrag von Fr. 7'000.-. Die Revisoren haben die Rechnung 2001 geprüft und sie für richtig befunden. Sie empfehlen der Mitgliederversammlung die Rechnung anzunehmen. Die Rechnung 2002 und das Budget 2003 werden von der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen.

## 5. Wahl eines Vorstandsmitglieds

Christine Rothmayr zieht sich aus persönlichen Gründen aus dem Vorstand zurück. Weil trotz fristgerechter Mitteilung bis zur Mitgliederversammlung kein Ersatz gefunden werden konnte, überträgt die Mitgliederversammlung die Kompetenz der Wahl eines neuen Vorstandsmitgliedes einstimmig dem Vorstand. Dieser wählte Ingrid Kissling-Näf in den Vorstand. Der Präsident dankt Christine Rothmayr für die geleistete Arbeit.

## 6. Wahl einer Revisorin/eines Revisors

Frau Rhea Beltrami tritt als Revisorin zurück. Als neuer Revisor stellt sich Herr Vinzenz Jung (Stellvertretender Leiter des Bereichs Ökonomie, Soziales / Evaluation des Direktionsstabs des Bundesamts für Landwirtschaft) zur Verfügung (Zusage per Email nach Vorstandssitzung eingetroffen). Herr Vinzenz Jung wird einstimmig gewählt. Der Präsident bedankt sich bei Frau Beltrami für ihre Tätigkeit als Revisorin.

## 7. Berichte aus den Arbeitsgruppen

- AG „Standards“ (Kontakt: Thomas Widmer; Leiter ad interim bis Mai 2003: Frohmüt Gehrheuser): Die Arbeitsgruppe hat sich dreimal getroffen und ein Konzeptpapier zur verstärkten Verbreitung der Standards erarbeitet. Das Dokument stand auf der Homepage zur Einsicht zur Verfügung. Der Präsident bittet die anwesenden Mitglieder über die Annahme des Konzeptes abzustimmen. Das Konzept wird einstimmig angenommen. Mitglieder, die bei dieser AG mitarbeiten möchten, sind gebeten mit Thomas Widmer Kontakt aufzunehmen

- AG „Aus- und Weiterbildung“ (Kontakt: Marlène Läubli-Loud): Der erste Weiterbildungskurs der SEVAL fand im Herbst 2003 statt. Der Kurs wird zusammen mit der Weiterbildungsstelle der Universität Freiburg organisiert. Mitglieder, die bei dieser AG mitarbeiten möchten, sind gebeten mit Frau Läubli-Loud Kontakt aufzunehmen.

- AG „Évaluation et politique“ (Kontakt: Katia Horber-Papazian): Diese AG befasste sich in mehreren Sitzungen mit

## Traktanden der Mitgliederversammlung vom Freitag 11. Juni 2004, 9.00 Uhr im Hotel Schweizerhof Bern:

der thematischen Vorbereitung des Jahreskongresses 2004, der zum Ziel hat Evaluation verstärkt in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und sich schwerwichtig an Politikerinnen und Politiker richten wird.

- AG „Evaluationen im Bildungsbereich“ (Kontakt: Charles Landert): Die AG hat sich zu drei Sitzungen getroffen. Sie hat unter anderem zum Selbstevaluationskonzept der EDK Kt. Zürich Stellung bezogen.

- AG „Verwaltungsreform“: Die AG hat im vergangenen Berichtsjahr geruht. Stefan Rieder und Marc Mauge haben sich bereit erklärt, diese AG wieder zu aktivieren. Interessierte Mitglieder sind gebeten sich bei Stefan Rieder (rieder@interface-politikstudien.ch) zu melden.

- AG „Evaluationen in der Entwicklungszusammenarbeit“ (Kontakt: Samuel Wälty) Diese neukonstituierte AG hat sich zu mehreren Sitzungen getroffen. Es wurde ein erster Arbeitsbereich festgelegt: „Von der Projekt- zur Programmevaluation“ (Arbeitstitel). Mitglieder, die bei dieser AG mitarbeiten möchten, sind gebeten mit Herrn Wälty Kontakt aufzunehmen.

Weitere Informationen und Kontaktadressen zu den Arbeitsgruppen sind auf den SEVAL-Internetseiten unter [www.seval.ch](http://www.seval.ch) erhältlich.

### 8. Feedbackrunde

Folgende Fragen und Themen werden aufgegriffen:

Das exakte Datum der nächsten Mitgliederversammlung liegt noch nicht fest. Sobald das Datum feststeht, wird im Bulletin bzw. auf der Homepage darüber informiert.

Es wird auf einen Unterschied in der Verwendung von ‚impacts‘ und ‚outcomes‘ in der Schweizerischen Evaluationsgemeinde im Vergleich mit dem Ausland hingewiesen. In der Diskussion schält sich heraus, dass auch die Verwendung in der Schweiz nicht einheitlich ist. Der Vorstand wird beauftragt zur Klärung dieser Begrifflichkeit beizutragen.

- Genehmigung der Traktandenliste
- Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung
- Bericht des Vorstands über die Geschäftsführung
- RevisorInnenbericht und Genehmigung der Jahresrechnung 2003
- Budget 2004
- Wahlen (Vorstandsmitglieder, RevisorInnen).  
Mit einer Ausnahme stellen sich alle Personen zur Wiederwahl.
- Berichte aus den Arbeitsgruppen
- Varia

# SEVAL Jahrestagung vom 11. Juni 2004, im Hotel Schweizerhof Bern

## Politik und Evaluation

### Anmeldeschluss: 14. Mai 2004

An der Abschlusstagung des Nationalen Forschungsprogrammes 27 (Wirksamkeit staatlicher Massnahmen) im Februar 1996 merkte Prof. Ernst Buschor, Präsident der Expertenkommission, an: „Es ist unterdessen schon teilweise selbstverständlich geworden, in Verwaltungsprogrammen und im Rahmen der Verwaltungsaufsicht Evaluationen einzusetzen.“ Und: „Wir planen [...] eine Schweizerische Evaluationsgesellschaft, deren Hauptaufgaben die Ausarbeitung und Weiterentwicklung schweizerischer Evaluationsstandards und die Förderung der Weiterbildung sowie des Erfahrungsaustausch sein sollen.“ Letztere Ankündigung ist mit der SEVAL-Gründung Realität geworden. Auch die SEVAL-Standards liegen vor, sie werden in der Praxis eingesetzt und die Erfahrungen von einer speziellen Arbeitsgruppe ausgewertet.

Demgegenüber kann die erste Aussage acht Jahre später unverändert – aber mit der Betonung von teilweise – übernommen werden. Zwar steht der Artikel 170 der Bundesverfassung. Und es gibt sie, die Evaluationen im Rahmen der Verwaltungsaufsicht. Aber wir sind noch einiges davon entfernt, sie systematisch als Instrument der öffentlichen Verwaltung einzusetzen. Zum einen ist es noch zu wenig gelungen, den Politikerinnen und Politikern innerhalb von ein paar wenigen Jahren die Einsatzmöglichkeiten und Nützlichkeit von Evaluation an leicht einseh- und nachvollziehbaren Beispielen aufzuzeigen. In Zeiten der Sparprogramme wirkt auch die Tatsache hemmend, dass Evaluation zunächst einmal kostet und konkrete Ergebnisse (Optimierungen, Mittelkonzentration, Effizienzsteigerung u.a.) erst während und nach der Realisierung von Evaluationen anfallen. Da dies auch für andere Ausgaben gilt, wäre nach den tieferen Gründen für ein verbreitetes Desinteresse an Evaluation zu forschen. Schliesslich muss auch die SEVAL selbstkritisch zugestehen, dass sie sich vorrangig um die Evaluatorinnen und Evaluatoren sowie um die verwaltungsseitigen Auftraggeber gekümmert hat, aber noch wenig um die Politikerinnen und Politiker, mithin diejenige Gruppe, die die Mittel für Evaluationen bereitstellt und die Evaluationsergebnisse aufnehmen soll.

Die Jahrestagung 2004 der SEVAL macht einen Teil dieser Unterlassung wett. Im Auftrag des SEVAL-Vorstandes hat Katia Horber-Papazian, Professorin am IDHEAP in Lausanne, das Konzept der Tagung vom 11. Juni 2004 erarbeitet, unterstützt von einer Begleitgruppe bestehend aus Verantwortlichen des Evaluationsorgans des Eidgenössischen Parlamentes, Staatsschreibern sowie

Generalsekretären von Städten. Nachdem die wirkungsorientierte Verwaltungsführung zunehmend Raum greift und in den letzten Jahren Verfassungsartikel, Gesetze und Verordnungen entstanden sind, steht die Frage im Mittelpunkt, welchen Stellenwert Politiker und Politikerinnen der Evaluationsforschung heute beimessen. Mit Blick auf die zentrale Rolle des Parlaments im politischen Entscheidungsprozess konzentriert sich die Tagung auf die Nutzung von Evaluation sowie auf die Rahmenbedingungen im Eidgenössischen Parlament und in den kantonalen und städtischen Legislativen. Plenumsreferate am Morgen und von PolitikerInnen und EvaluatorInnen komodierte Ateliers am Nachmittag schaffen gute Ausgangsbedingungen für einen anregenden Diskurs zwischen Evaluationsforschung und Politik.

### Ziele:

- Ausweitung des Blickfeldes durch Einbindung der Politik (Politiker und Politikerinnen) in den Diskurs
- Kenntnisstand erhalten über den Stellenwert der Evaluationsforschung aus Sicht von Politikerinnen und Politikern auf allen drei Niveaus staatlichen Handelns
- Dialog und Kontakte fördern zwischen Politikerinnen und Politikern
- Erarbeiten von Handlungsperspektiven der SEVAL zur verbesserten Sensibilisierung der Politik für das Instrument Evaluation
- Verstärkung der Partnerschaft zwischen Politik und Evaluation

### Anmeldung

<http://www.seval.ch/de/veranstaltungen/tagung.cfm>  
(deutsch)

<http://www.seval.ch/fr/veranstaltungen/tagung.cfm>  
(französisch)

## Tagungsprogramm: Politik und Evaluation

9.00	SEVAL-Jahresversammlung	Andreas Balthasar, Präsident SEVAL.
	<b>Begrüßungskaffee</b>	
10.15	Tagungseröffnung	Andreas Balthasar, Präsident SEVAL.
10.20	L'indispensable connaissance des effets de l'action publique	Ruth Dreifuss, ancienne Conseillère Fédérale.
10.40	La place de l'évaluation dans le cycle des politiques publiques	Katia Horber-Papazian, Professeur à l'IDHEAP, Lausanne.
11.00	Artikel 170 der Bundesverfassung: Was wurde erreicht, was ist noch zu tun?	Luzius Mader, Vizedirektor des Eidgenössischen Justizdepartements.
11.20	L'évaluation au service du parlement.	Philippe Schwab, Secrétaire général des commissions de gestion.
11.40	Der Stellenwert der Evaluation am Beispiel des Kantons Bern.	Kurt Nuspliger, Staatsschreiber des Kantons Bern.
12.00	Diskussion	Katia Horber-Papazian, Professeur à l'IDHEAP, Lausanne.
	Ateliers (Introduction)	Katia Horber-Papazian, Professeur à l'IDHEAP, Lausanne.
<b>12.30-14.00</b>	<b>Stehlunch und Kaffee</b>	
14.00	6 ko-moderierte Parallelworkshops zum Thema «Bedingungen der Partnerschaft zwischen PolitikerInnen und EvaluatorInnen».	
Atelier 1	La politique de la santé	Françoise Saudan, Conseillère aux Etats Genève / Françoise Dubois-Arber, Unité d'Evaluation de Programmes de Prévention, IUMSP Lausanne.
Atelier 2	Umweltpolitik	Urs Hofmann, Nationalrat Kanton AG / Thomas Widmer, Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.
Atelier 3	Bildungspolitik	NN / Charles Landert, Landert Farago Partner, Zürich.
Atelier 4	Finanzpolitik	Therese Frösch, Nationalrätin Kanton Bern und Gemeinderätin Stadt Bern Kurt Grüter, Direktor Eidg. Finanzkontrolle.
Atelier 5	Wissenschaftspolitik	Ernst Buschor, Vizepräsident ETH-Rat, ehemaliger Regierungsrat Kanton ZH und HSG-Prorektor / Ingrid Kissling-Näf, Generalsekretärin SANW.
Atelier 6	La politique sociale	Salika Wenger, députée au Grand conseil genevois, présidente de l'association des femmes parlementaires / Katia Horber-Papazian, IDHEAP.
15.45 - 16.30	Diskussion und Abschluss der Tagung	Andreas Balthasar, Präsident SEVAL.

## Internes

### **Ausschreibung für eine Kandidatur in den SEVAL-Vorstand**

Der Vorstand der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft SEVAL führt die Gesellschaft im Auftrag ihrer Mitglieder. Er legt dazu strategische Schwerpunkte fest, regt Initiativen an, unterstützt Arbeitsgruppen, bereitet die jährlichen Mitgliederversammlungen vor und legt das Arbeitsprogramm und die Ausgaben fest. Zudem vertritt der Vorstand die SEVAL nach aussen.

An der Jahresversammlung in Bern am 11. Juni 2004 stehen Gesamterneuerungswahlen des Vorstands an. Zudem gilt es, eine Vakanz im Vorstand neu zu besetzen.

Wir suchen eine engagierte Persönlichkeit, die Interesse und Zeit hat, im Vorstand mitzuwirken. Insbesondere ermutigen wir Kandidierende aus der Romandie oder aus dem Tessin. Interessierte melden sich bitte bis Ende März beim Präsidenten der SEVAL, Dr. Andreas Balthasar, [balthasar@interface-politikstudien.ch](mailto:balthasar@interface-politikstudien.ch).

### **Arbeitsgruppe Evaluation im Bildungsbereich: Einladung zur Mitgliedschaft**

Die Arbeitsgruppe setzt sich aktuell aus 4 EvaluatorInnen sowie VertreterInnen der Bildungsverwaltung (2) bzw. von Bildungsinstitutionen (5) zusammen. Nachdem der SEVAL-Vorstand dem Antrag der AG gefolgt ist, die Jahrestagung 2005 unter das Thema Evaluation im Bildungsbereich (Arbeitstitel) zu stellen, wird der Anlass in den nächsten drei Sitzungen konzipiert und konkret geplant. Aufgrund einer Internet-Recherche über Evaluationen in, von und durch Bildungsinstitutionen wird ein erster Überblick über den Stand der Evaluationsforschung in den verschiedenen Bildungssektoren erarbeitet. Die aktuell interessantesten Themen werden identifiziert und in der Folge in 2-3 Untergruppen für die Behandlung an der Tagung aufbereitet.

Die nächste ordentliche Zusammenkunft der AG ist auf Donnerstag, 13. Mai, 9.15 Uhr – 12.00 Uhr in Zürich vorgesehen. Der Zeitpunkt ist günstig, sich in die Arbeitsgruppe einzuschreiben und sich an der Vorbereitung der Tagung zu beteiligen.

Eventualtermin am 15. März 2004, 14.15 – 16.45, Ausstellungsstrasse 80, Zimmer 205. Thema: Lehrstellenbeschluss 2. Über die Durchführung erteilt der Präsident der AG Auskunft:  
Charles Landert, Landert Farago > Partner,  
Grossmünsterplatz 6, Zürich. [landert@lfp.ch](mailto:landert@lfp.ch), 01 265 39 90.

## Ankündigungen

### **Akkreditierung und Qualitätssicherung in den Geistes- und Sozialwissenschaften 29. April 2004, Bern (Gurten)**

Innerhalb kürzester Zeit hat sich die Qualität als eine der zentralen Leitformeln im Wissenschaftsbetrieb durchgesetzt: Stets knappe Mittel sollen in Forschung und Lehre nach Massgabe der Qualität verteilt werden. Die allgemeine Akzeptanz, die dieser Grundsatz findet, bröckelt, sobald es gilt, die Formel inhaltlich zu füllen. Dies war Anlass für die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), im Jahr 1999 eine erste Tagung zum Thema «Leistungs- und Qualitätsmessung in den Geistes- und Sozialwissenschaften – Stand und Perspektiven» durchzuführen. Es folgte 2001 die Veranstaltung «Welche Qualität in den Sozialwissenschaften?», deren Ergebnisse publiziert sind. Seither sind die Entwicklungen rasch vorangeschritten und die Qualitätsmessung und -sicherung hat nicht zuletzt im Rahmen der Bologna-Reform eine zentrale Bedeutung erlangt, wie das letztjährige Treffen der europäischen Bildungsminister in Berlin deutlich machte. Deshalb scheint uns der Zeitpunkt gegeben zu sein, gemeinsam mit dem «Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen» (OAQ) zu einer weiteren Veranstaltung einzuladen.

Programm und Anmeldetalon sind ab dem 25. Februar auf der Website der SAGW [www.sagw.ch](http://www.sagw.ch) verfügbar

### **The European Evaluation Society Sixth Conference: "Governance, Democracy, and Evaluation" September 30 – October 2, 2004, Berlin (FHVR Berlin)**

Call for papers. Deadline: April 1, 2004

The need for evaluation is widely acknowledged inside governments that are seeking to 'modernize' and introduce new approaches to governance, at the national and international level. In this context, there is a real need to deepen our understanding of the contribution that evaluation can bring to democratic and transparent modes of governance. (...) The conference will welcome inputs from many different perspectives: from different policy sectors; institutional (and non institutional) perspectives; local, national, regional and international programs and interventions; civil society including NGOs, associations and third sector actors. We invite you to send your proposal on any of these themes and on

whatever you think could contribute to this agenda. We hope to make this an event that will gather practitioners and experts from many different communities of people that are working together to strengthen and better understand democracy and good governance through evaluation.

Details:

[http://www.europeanevaluation.org/general/ees\\_sixth\\_conference.htm](http://www.europeanevaluation.org/general/ees_sixth_conference.htm)

### **Vorankündigung**

Die 7. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) zum Thema "Die Qualität von Reformen" findet statt vom 10.-12.11.2004 an der Universität Wien. Nähere Angaben dazu ab Mai/Juni auf der Homepage der DeGEval <http://www.degeval.de>.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe des  
SEVAL Bulletin: 25. Juni 2004

Impressum: Bulletin de la Société suisse d'évaluation;  
Bulletin der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft

Kurt Bisang, Redaktor SEVAL-Bulletin  
c/o SANW  
Bärenplatz 2  
3011 Bern  
kurtbisang@yahoo.com